Beilage

Betreff:

Satzung Nr. 56 zur Aufhebung der planungsrechtlichen Festsetzungen in einem Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 4249 zwischen Holzschuherstraße, Rothenburger Straße, Fuggerstraße und Wolgemutstraße
Prüfung der Stellungnahme

Sachverhaltsdarstellung

Der vom Stadtplanungsausschuss am 29.09.2011 gebilligte Entwurf der Satzung Nr. 4556 hat gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) vom 14.10.2011 bis einschließlich 14.11.2011 öffentlich ausgelegen.

Während der Auslegungsfrist wurde die nachstehend aufgeführte Stellungnahme zum Satzungsentwurf vorgebracht. Sie ist inhaltlich in gekürzter Form wiedergegeben. Das Originalschreiben befindet sich in der Satzungsakte, die in der Sitzung des Stadtplanungsausschusses aufliegt, und dort wie vorher bereits im Stadtplanungsamt, Lorenzer Straße 30, Zimmer 316 (3. Obergeschoss) während der allgemeinen Dienststunden (Montag, Dienstag und Donnerstag von 8.30 Uhr bis 15.30 Uhr, Mittwoch und Freitag von 08.30 Uhr bis 12.30 Uhr) eingesehen werden kann.

Die fristgerecht eingegangene Stellungnahme ist zu prüfen; das Ergebnis ist den Beteiligten mitzuteilen (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Stellungnahme gemäß Schreiben vom 14.11.2011

Auf die Schriftsätze vom 11.02.2010 und 12.11.2010 wird Bezug genommen; sie werden zum Inhalt des jetzigen Schriftsatzes gemacht.

Die beiden Schriftsätze vom 11.02.2010 und 12.11.2010 wurden im Rahmen der öffentlichen Auslegungen des Bebauungsplan- Entwurfes Nr. 4569 vorgebracht und enthielten im Wesentlichen folgenden Inhalt:

- Aufgrund der festgestellten Lärmbelastigungen vom Frankenschnellweg werden die Orientierungswerte der DIN 18005 erheblich überschritten. Die festgesetzten Lärmschutzmaßnahmen ließen sich nicht realisieren. Das gleiche gilt für die Anordnung der schutzbedürftigen Aufenthaltsräume – bezogen auf die Stellung des Anwesens Rosenplütstraße 1 (Fl.-Nr. 256/2) auf der vom Frankenschnellweg abgewandten Gebäudeseite. Die Festsetzung des Mischgebietes -MI 1- ist somit aus lärmschutztechnischen Gründen wie auch unter Berücksichtigung der bislang vorhandenen gewerblichen Nutzung weder zulässig noch möglich, sodass es nur als Gewerbegebiet ausgewiesen werden kann. Durch die Festsetzung als Mischgebiet würden Nutzungserwartungen unzulässig eingeschränkt, der Vertrauensgrundsatz verletzt und unzulässiger Weise in den Bestandschutz eingegriffen. Es müsse insoweit auch für das Grundstück Fl.-Nr. 256/2 eine in Ziff. 1.2.2 der Satzung vergleichbare Regelung nach § 1 Abs. 10 BauNVO getroffen werden.
- Die Bestandsaufnahme ließe den vorhandenen Bordellbetrieb im Anwesen Georg-Hager-Straße 5 außer Acht. Es solle das Bestreben sein, durch sinnvolle Festsetzungen die Voraussetzungen für die Ausübung des Prostitutionsgewerbes zu schaffen und somit eine völlig unproblematische Integration in bestehende Gebiete stattfinden kann. Es sollte daher überlegt werden, die Prostitution in Gewerbegebieten und Mischgebieten nicht vollständig zu verbieten, sondern durch geeignete Festsetzungen die Erscheinung nach außen auszuschließen. Die Ausübung der Wohnungsprostitution könne nur dann Störungen auslösen, wenn konkrete Auswirkungen auf die Nachbarschaft zu befürchten seien. Widersprüchlich sei es, im Gewerbegebiet das Wohnen zuzulassen, was inhaltlich ja auch dann der Fall sei, wenn in der zugelassenen Wohnnutzung die Prostitution ausgeübt wird.

- Die Festsetzungen und Abgrenzungen des Bebauungsplangebietes im Bereich des Mischgebietes -MI 1- sowie der Gewerbegebiete -GE 2- und -GE 4- erscheint willkürlich, sodass bei Einbeziehung des Mischgebietes -MI 1- eine Festsetzung nicht als Mischgebiet erfolgen kann.
- Es werde darauf hingewiesen, dass die jetzigen Festsetzungen gegen Art. 15, 16, 20 und 23 der Grundrechte der Europäischen Union verstoße. Es läge insbesondere eine Beeinträchtigung von Art. 21 deshalb vor, weil in die Ausübung der Berufsfreiheit bei Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes geschlechtsspezifisch eingegriffen werde.